Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode

24. 04. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Helmut Haussmann, Ulrich Irmer, Birgit Homburger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der F.D.P. – Drucksache 14/6952 –

Für eine Anti-Terrorismus-Konvention der Vereinten Nationen

A. Problem

Die Terror-Katastrophe von New York und Washington hat zu einer beispiellosen Welle internationaler Solidarität mit den USA geführt. Staats- und Regierungschefs in allen Teilen der Welt haben ihre Entschlossenheit verkündet, den Kampf gegen den internationalen Terrorismus tatkräftig aufzunehmen. Als einzige, weltumspannende und handlungsfähige Organisation bietet die UNO hierfür den geeigneten Rahmen.

Die Bundesregierung soll aufgefordert werden, der 56. Generalversammlung der Vereinten Nationen gemeinsam mit den Partnern in der Europäischen Union einen Resolutionsentwurf zur Verabschiedung einer umfassenden und weltweit verbindlichen UNO-Anti-Terror-Konvention vorzulegen, in der alle bisher verabschiedeten relevanten regionalen und sektoralen Konventionen zusammengeführt werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags auf Drucksache 14/6952 mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschliessen,

den Antrag auf Drucksache 14/6952 abzulehnen.

Berlin, den 20. März 2002

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose Vorsitzender **Christoph Moosbauer** Berichterstatter

Dr. Helmut Haussmann Berichterstatter

Karl LamersBerichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter Rita Grießhaber Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Christoph Moosbauer, Karl Lamers, Rita Grießhaber, Dr. Helmut Haussmann und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/6952 in seiner 192. Sitzung am 11. Oktober 2001 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend, an den Innenausschuss, an den Rechtsausschuss, an den Verteidigungsausschuss sowie an den Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe zur Mitberatung überwiesen.

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 83. Sitzung am 7. November 2001 den Antrag zur gutachtlichen Stellungnahme an den Unterausschuss Vereinte Nationen überwie-

II.

Der Innenausschuss hat den Antrag in seiner 71. Sitzung am 7. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, die Ablehnung.

Der Rechtsausschuss hat den Antrag in seiner 109. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS, die Ablehnung.

Der Verteidigungsausschuss hat den Antrag in seiner 91. Sitzung am 12. Dezember 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP und bei Abwesenheit der Fraktion der PDS, die Ablehnung.

Der Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe hat den Antrag in seiner 75. Sitzung am 14. November 2001 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS, die Ablehnung.

Der Unterausschuss Vereinte Nationen des Auswärtigen Ausschusses hat den Antrag in seiner Sitzung am 27. Februar 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Ablehnung.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 20. März 2002 beraten. Er empfiehlt unter Berücksichtigung der gutachtlichen Stellungnahme des Unterausschusses Vereinte Nationen mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Ablehnung.

Berlin, den 20. März 2002

Christoph Moosbauer

Karl Lamers Berichterstatter Berichterstatter

Dr. Helmut Haussmann Wolfgang Gehrcke Berichterstatter Berichterstatter

Rita Grießhaber Berichterstatterin

